

19.11.2015 – 11:05 Uhr

Studie: Überwiegend positive Effekte der EU-Zuwanderung für die Städte und die Schweiz

Bern (ots) -

Die Zuwanderung der letzten Jahre hat für die Städte und die Schweiz als Ganzes eine Reihe von positiven Wirkungen gebracht - dies die Hauptaussage einer Untersuchung, welche die zehn grössten Schweizer Städte in Auftrag gegeben haben. Die Studie zeigt, dass die Zuwanderung der letzten Jahre die Wirtschaftskraft gestärkt, die soziale Vielfalt erhöht und Forschung und Innovation gefördert hat. Die Herausforderungen der Zuwanderung sind für die grossen Städte bewältigbar. Sie fordern eine Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative, die die bilateralen Abkommen mit der EU nicht auf Spiel setzt.

Welche Auswirkungen hatte die Zuwanderung der letzten Jahre insbesondere in wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Hinsicht auf die Städte? Zur Beantwortung dieser Frage haben die zehn grössten Schweizer Städte das Büro INFRAS mit einer Studie beauftragt. Im Vordergrund stehen die Wirkungen auf die Wirtschaftsentwicklung und den Arbeitsmarkt sowie die Impulse für Forschung und Innovation. Thematisiert werden auch der gesellschaftliche Zusammenhalt, die Integration und die Auswirkungen auf die Infrastrukturen und den Wohnungsmarkt. Ohne die Kosten und Herausforderungen auszublenden, kommt die Studie zu einem mehrheitlich positiven Ergebnis: Der Nutzen der Zuwanderung überwiegt klar.

Stärkung der Wirtschaftskraft

Wie die Studie «Nutzen der Zuwanderung für die Schweizer Städte und die Schweiz» zeigt, ist der Nutzen vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht augenfällig. Dank der Zuwanderung ist die Schweizer Wirtschaft von 2002 bis 2008 um rund 3,2 Prozent stärker gewachsen, als dies ohne die Personenfreizügigkeit der Fall gewesen wäre. Die in der Studie ausgewerteten bestehenden Untersuchungen zeigen weiter, dass die Zuwanderung einem Bedürfnis der Wirtschaft entspricht. Dank ausländischen Spezialisten haben das Qualifikationsniveau und die Arbeitsproduktivität in der Schweiz zugenommen, so die Studie weiter. Wie der St.Galler Stadtpräsident Thomas Scheitlin an der Medienkonferenz ausführte, hat dies die Konjunktur stabilisiert und die Krisenresistenz der Wirtschaft erhöht.

Soziale Vielfalt führt zu attraktiven Städten

In Bezug auf die gesellschaftlichen Auswirkungen kommt die Studie zum Schluss, dass die Zugewanderten trotz ihrer grossen Anzahl insgesamt gut integriert sind. Sie sind meist jung, gut ausgebildet und oft auch bereit, sich beispielsweise in Vereinen zu engagieren. Darüber hinaus weist die Studie darauf hin, dass die ethnische und kulturelle Vielfalt der Städte deren Kreativität und Innovationsfähigkeit fördert. Für Sami Kanaan, Stadtrat von Genf, tragen diese «soft factors» auch zur Standortattraktivität der Schweiz bei, was sich in internationalen Standortrankings niederschlägt. Gleichzeitig, so Kanaan weiter, habe die Zuwanderung in verschiedenen Regionen zu einem sehr angespannten Wohnungsmarkt geführt. Trotz der dadurch ausgelösten Bautätigkeit, stelle die Situation auf dem Wohnungsmarkt für viele einen gewichtigen Nachteil der Zuwanderung dar, so Kanaan weiter.

Forschung und Innovation auf internationale Talente angewiesen

Wie die Studie weiter nachweist, haben sich im Zuge der Zuwanderung Forschung und Innovation in der Schweiz in den letzten Jahren stark internationalisiert. Die verstärkte internationale Ausrichtung von Hochschulen und Forschungsinstitutionen stellt ein Qualitätsmerkmal dar und hat die Innovationsfähigkeit gestärkt. Zugleich geben die vorliegenden Untersuchungen keine Hinweise, dass einheimische Arbeitskräfte verdrängt worden wären. Auch konnte kein genereller Lohndruck festgestellt werden; lohndämpfend wirkte die Zuwanderung jedoch bei den Hochqualifizierten. Guy Morin, Regierungspräsident von Basel plädierte dafür, auf die flankierenden Massnahmen zu setzen, um negative Effekte auf dem Arbeitsmarkt insgesamt zu verhindern.

Bilaterale Abkommen nicht aufs Spiel setzen

Für Corine Mauch, Stadtpräsidentin von Zürich, zeigt die Studie, dass der Nutzen der Zuwanderung für die Schweizer Städte sowie für die Schweiz vielfältig und überzeugend ist. Um den mit der Zuwanderung verbundenen Herausforderungen zu begegnen, hätten die Städte die richtigen Instrumente, so die Zürcher

Stadtpräsidentin weiter. Mit dieser Studie wollen die grossen Städte daran erinnern, welche Schäden eine rigide Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative auslösen könnte. Für die Städte ist der neue Verfassungsartikel in einer Art umzusetzen, dass die bilateralen Abkommen mit der EU und namentlich die Personenfreizügigkeit nicht aufs Spiel gesetzt werden.

Zuwanderung vor allem in Städte und Agglomerationen

Von den zwischen 2000 und 2010 zugewanderten Personen (netto 580'000) sind 80 Prozent in die Städte und Agglomerationsräume gezogen. Alleine 30 Prozent der Zugewanderten haben sich in den zehn grössten Städten niedergelassen. Es sind vor allem die Städte und Agglomerationen, welche den grössten Teil der Zuwanderung absorbiert haben. Die seit der Einführung der Personenfreizügigkeit Zugewanderten sind jünger, weisen ein höheres Bildungsniveau auf und sind noch stärker als die bisher ansässige Bevölkerung in den Arbeitsmarkt integriert.

Studie und Dokumentation: <http://ots.ch/8eDsW>

Kontakt:

Corine Mauch, Stadtpräsidentin von Zürich, 044 412 31 20.

Sami Kanaan, Conseiller administratif de Genève, 022 418 65 03

Guy Morin, Regierungspräsident von Basel, 079 686 93 53 / 061 267 80 47

Thomas Scheitlin, Stadtpräsident von St.Gallen, 071 224 53 20.

Erich Fehr, Stadtpräsident von Biel/Bienne, 032 326 11 01.

Alexander Tschäppät, Stadtpräsident von Bern, Nationalrat, 031 321 67 33.

Marco Borradori, Sindaco di Lugano, 079 636 50 38 / 058 866 70 11.

Daniel Brélaz, Syndic de Lausanne, conseiller national, 079 257 18 32 / 021 315 22 00.

Mike Künzle, Stadtpräsident von Winterthur, 052 267 51 12.

Stefan Roth, Stadtpräsident von Luzern, 041 208 83 84.

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100017932/100780762> abgerufen werden.